

# Rechtsinformationsdienst

der Kanzlei

## Schäfer & Partner mbB Rechtsanwälte

Haagstraße 8 - 10, 61169 Friedberg/Hessen  
Telefon: 06031/12032 u. 73253 – Telefax: 06031/62187

E-Mail: info@raschaefer-partner.de  
www.RaSchaefer-Partner.de

Ausgabe: private Mandanten

- alle Angaben ohne Gewähr -

März 2019

### Familien- und Erbrecht

#### **Aufstockungsunterhalt: Darlegungs- und Beweislast für Bedürftigkeit**

Ein geschiedener Ehegatte kann sog. Aufstockungsunterhalt verlangen, wenn seine eigenen Einkünfte den ihm nach dem ehelichen Lebensstandard zustehenden Unterhaltsanspruch nicht erreichen (§ 1573 Abs. 2 BGB). Der Unterhaltspflichtige hat dann den entsprechenden Differenzbetrag zu leisten. Bei der Berechnung sind beide von den Eheleuten erzielten Einkommen gegenüberzustellen.

Macht einer der Ehepartner den Aufstockungsunterhalt gerichtlich geltend, muss er nicht nur seine Bedürftigkeit (§ 1577 BGB) darlegen und nachweisen, sondern auch die Erfüllung seiner eigenen Erwerbsobliegenheit. Das heißt, er muss auch nachweisen, dass er trotz gehöriger Anstrengungen kein höheres eigenes Einkommen erzielen kann.

Beschluss des OLG Brandenburg vom 20.07.2018  
13 WF 117/18  
FF 2018, 463

#### **Keine Verlängerung der BAföG-Förderungshöchstdauer bei Pflege naher Angehöriger**

Die Pflege und Betreuung eines demenzkranken Elternteils an mindestens zwei Tagen der Woche rechtfertigt nicht die Verlängerung der Förderungshöchstdauer für den BAföG-Bezug. Eine Ausnahme besteht nur bei der Pflege des eigenen Kindes. Die Pflege naher Angehöriger wurde in die Ausnahmestimmungen nicht aufgenommen. Ansonsten rechtfertigen nur schwerwiegende Gründe, die entweder die subjektiven Fähigkeiten des Studenten betreffen, seine Ausbildung planmäßig durchzuführen, oder die äußeren Umstände des Ausbildungsganges die Verlängerung der Förderungshöchstdauer.

Beschluss des OVG Saarlouis vom 06.07.2018  
2 A 583/17  
FamRZ 2018, 1712

#### **Auflösung des Mietverhältnisses nach Beendigung einer nicht ehelichen Partnerschaft**

Bei der Beendigung einer nicht ehelichen Lebensgemeinschaft muss jeder Lebensgefährte bei der Auflösung des gemeinsamen Mietverhältnisses mitwirken. Jeder der beiden Lebenspartner ist daher zur Kündigung des Mietvertrags verpflichtet. Will einer in der Wohnung bleiben, muss er mit dem Vermieter einen neuen Mietvertrag abschließen.

Beschluss des AG Waiblingen vom 17.08.2018  
7 C 1040/18  
WuM 2018, 807

#### **Keine Verwirkung des Pflichtteilsanspruchs wegen Fehlverhaltens**

Nach dem Tod seines Sohnes beanspruchte der Vater seinen Pflichtteilsanspruch. Alleinerbin seines Sohnes war dessen Witwe. Der Vater wurde durch ein Testament von der Erbfolge ausgeschlossen. Jedoch wurde ihm nicht der Pflichtteil entzogen. Die Witwe verweigerte trotzdem die Erfüllung des Pflichtteilsanspruchs mit der Begründung, ihr Schwiegervater hätte seinen Pflichtteilsanspruch verwirkt, da er seinem Sohn als Kind keinen Unterhalt geleistet habe und ihn fortwährend gedemütigt, beleidigt, misshandelt, geschlagen sowie ihn mit 14 Jahren aus dem Haus getrieben habe.

Das Oberlandesgericht Nürnberg lehnte eine Verwirkung des Pflichtteilsanspruchs mit der Begründung ab, dies würde eine Umgehung der zwingenden Vorschriften des Pflichtteilsentzugs durch letztwillige Verfügung (§ 2336 BGB) oder die besonderen, strengen Voraussetzungen der Pflichtteilsunwürdigkeit (§ 2339 BGB) darstellen. Da der Sohn das Pflichtteilsrecht seines Vaters testamentarisch nicht ausgeschlossen hatte, gab das Gericht der Klage des Vaters statt.

Beschluss des OLG Nürnberg vom 04.01.2018  
12 U 1668/17  
ErbR 2018, 280

### Keine MPU-Anordnung nach einmaliger Trunkenheitsfahrt mit weniger als 1,6 Promille

Ist einem Autofahrer nach einer einmaligen Trunkenheitsfahrt mit einer Blutalkoholkonzentration von weniger als 1,6 Promille die Fahrerlaubnis durch das Strafgericht entzogen worden, darf die zuständige Führerscheinstelle die Neuerteilung der Fahrerlaubnis nur dann von der Beibringung eines positiven medizinisch-psychologischen Gutachtens (MPU) abhängig machen, wenn zusätzliche Tatsachen die Annahme künftigen Alkoholmissbrauchs begründen.

Urteil des OVG Saarlouis vom 04.07.2018  
1 A 405/17 - NZV 2018, 535

### Nächtliche Kollision mit Betonpoller

Sperrt eine Gemeinde im Rahmen einer Maßnahme zur Verkehrsberuhigung eine Straße mit niedrigen Betonpollern ab, müssen diese ausreichend gut sichtbar sein. Verstößt sie gegen diese Verkehrssicherungspflicht, haftet sie für die dadurch entstandenen Schäden.

In dem vom Oberlandesgericht Braunschweig entschiedenen Fall hatte die Gemeinde eine Sackgasse mit drei 40 cm hohen Betonpollern gesperrt. Lediglich die äußeren beiden Poller waren mit je drei Reflektoren ausgestattet. Ein Autofahrer kollidierte mit dem mittleren, als er im Dunkeln in die Straße einbiegen wollte. Seine Schadensersatzklage hatte überwiegend Erfolg. Nach Meinung des Gerichts hätte die Gemeinde die Poller so aufstellen müssen, dass sie gut zu erkennen sind. Eine nächtliche Beleuchtung ist gerade bei Pollern weit unterhalb der Sichtlinie der Autofahrer nötig. Da der Autofahrer bei größerer Aufmerksamkeit den Poller jedoch hätte erkennen können, musste er sich ein Mitverschulden in Höhe von 25 Prozent anrechnen lassen.

Urteil des OLG Braunschweig vom 10.12.2018  
11 U 54/18 - Pressemitteilung des OLG Braunschweig

### Wegschieben eines falsch geparkten Fahrzeugs

Der Mieter einer Garage ist nach einem Urteil des Amtsgerichts München berechtigt, ein im absoluten Halteverbot geparktes und die Zufahrt versperrendes Auto

im Wege der besitzrechtlichen Selbsthilfe selbst beiseite zu schieben. Der Eigentümer des widerrechtlich abgestellten Autos hat keinen Anspruch auf Ersatz des Schadens, der eventuell beim Wegschieben fahrlässig verursacht worden ist.

In dem entschiedenen Fall hatte der Garagenbesitzer an dem offenen Automatikfahrzeug den Schalthebel auf "N" (Leerlauf) gestellt und den Wagen dann zur Seite geschoben. Dadurch wurde ein Getriebeschaden in Höhe von circa 1.300 Euro verursacht. Das Gericht bejahte das Recht zur Selbsthilfe und stellte klar, dass es für einen technischen Laien nicht offensichtlich ist, dass das Verstellen des Schalthebels eines Automatikgetriebes, ohne dass der Zündschlüssel steckt, zu einer Beschädigung des Getriebes führen kann.

Urteil des AG München vom 13.06.2018  
132 C 2617/18  
Justiz Bayern online

### Gebrauchtwagenkauf: Kein Mangel bei Erwerb eines mit Software-Update ausgestatteten Fahrzeugs

Der Käufer eines Ende 2017 erworbenen und ursprünglich von der sogenannten Abgasaffäre betroffenen Gebrauchtwagens, das zum Zeitpunkt des Kaufs bereits ein sogenanntes Software-Update erhalten hatte, hat keine Schadensersatzansprüche gegen den Hersteller.

Für das Landgericht Osnabrück konnte sich der Käufer bereits deshalb nicht auf eine Täuschung des Herstellers berufen, da dieser die Öffentlichkeit schon weit vor dem Zeitpunkt des Kaufs informiert hatte. Auch konnte die öffentliche Berichterstattung über die gesamte Thematik nicht an dem Käufer vorbeigegangen sein. Darüber hinaus war durch das vor dem Kauf erfolgte Software-Update das Fahrzeug mit einer vom Kraftfahrtbundesamt als gesetzeskonform angesehenen Software ausgestattet worden. Das Fahrzeug wies daher keinen Minderwert auf.

Urteil des LG Osnabrück vom 01.01.2019  
2 O 2190/18  
Pressemitteilung des LG Osnabrück

### Keine Ausgleichsansprüche bei mehrstündigem Systemausfall in Flughafenterminal

Fluggäste, die ihr Endziel erst drei Stunden oder mehr nach der geplanten Ankunft erreichen, können vom Luftfahrtunternehmen eine pauschale Ausgleichszahlung gemäß Art. 7 Abs. 1 der Fluggastrechteverordnung verlangen, es sei denn, die Verspätung ist auf außergewöhnliche Umstände zurückzuführen. Für den Bundesgerichtshof kann ein mehrstündiger Ausfall aller Computersysteme an den Abfertigungsschaltern eines Terminals außergewöhnliche Umstände im Sinne der Fluggastrechteverordnung begründen.

Der Betrieb der technischen Einrichtungen eines Flughafens, zu denen auch die Telekommunikationsleitun-

gen und Computersysteme gehören, obliegt dem Flughafenbetreiber. Ein Systemausfall infolge eines technischen Defekts über einen längeren Zeitraum stellt ein Ereignis dar, das von außen auf den Flugbetrieb des Luftverkehrsunternehmens einwirkt und dessen Ablauf beeinflusst. Den betroffenen Passagieren steht demzufolge keine Entschädigung zu, wenn es dadurch zu verzögerter Abfertigung und damit zu einer Flugverspätung kommt.

Urteil des BGH vom 15.01.2019  
X ZR 15/18  
Pressemitteilung des BGH

---

## Miet- und Immobilienrecht

### Keine fristlose Kündigung aus gesundheitlichen Gründen

Kann ein Mieter aus gesundheitlichen Gründen seine Wohnung nicht weiter nutzen, begründet dies kein Recht zur fristlosen Kündigung des Mietvertrags. In diesem Fall kann dem Mieter jedoch ein Anspruch auf Abschluss eines Mietaufhebungsvertrags zustehen, wenn er einen für den Vermieter akzeptablen Nachmieter benennt. Ansonsten muss er bis zum Ablauf der ordentlichen Kündigungsfrist die vereinbarte Miete weiterbezahlen, was in der Regel durchaus auch zumutbar ist. In dem vom Amtsgericht Berlin-Charlottenburg entschiedenen Fall musste die Mieterin krankheitsbedingt in ein Pflegeheim umziehen.

Urteil des AG Berlin-Charlottenburg vom 08.11.2018  
205 C 172/18 - Grundeigentum 2018, 1530

### Ausbaubeitrag für neue Straßenbeleuchtung

Die Erhebung von Ausbaubeiträgen durch Kommunen, insbesondere für Straßenbauten und -sanierungen, gibt nicht nur Anlass zu heftigen politischen Diskussionen, sondern beschäftigt zunehmend auch die Gerichte. Nicht selten sind die erhobenen Beiträge für die Betroffenen existenzgefährdend.

In einem aktuellen Urteil hat nun das Verwaltungsgericht Koblenz entschieden, dass für die Umstellung der Straßenbeleuchtung von Quecksilberdampflampen auf LED-Beleuchtung in Kirburg Ausbaubeiträge erhoben werden dürfen. Die bisher dort eingebauten Quecksilberdampflampen dürfen nach europäischem Recht seit 2015 nicht mehr hergestellt und verkauft werden. Ein Austausch allein der Leuchtmittel in den Straßenlampen war für die Gemeinde daher nicht mehr möglich. Außerdem war die Beleuchtungseinrichtung bereits 40 Jahre alt, sodass die übliche Nutzungsdauer abgelaufen war. Im Ergebnis war die auf die kommunale Ausbaubeitragssetzung gestützte Beitragserhebung rechtlich nicht zu beanstanden.

Urteil des VG Koblenz vom 14.01.2019  
4 K 386/18.KO - Pressemitteilung des VG Koblenz

### Kein Anspruch auf Mietminderung bei "Schimmelpilzgefahr"

Alleine die Gefahr, dass in einer älteren Mietwohnung in den Wintermonaten aufgrund von Wärmebrücken in den Außenwänden eine "Gefahr der Schimmelpilzbildung" besteht, berechtigt den Mieter nicht zur Minderung der vereinbarten Miete. Der Mieter darf ohne ausdrückliche Vereinbarung keinen "Mindeststandard zeitgemäßen Wohnens" erwarten, der heutigen Maßstäben gerecht wird. Der Bundesgerichtshof verneint daher das Vorliegen eines Mangels, wenn im Errichtungszeitpunkt der Wohnung der übliche Baustandard eingehalten wurde.

Nach dem im Gerichtsverfahren eingeholten Sachverständigengutachten reicht ein täglich zweimaliges Stoßlüften von rund 15 Minuten beziehungsweise ein täglich dreimaliges Stoßlüften von rund 10 Minuten aus, um eine Schimmelpilzbildung an den Außenwänden zu vermeiden.

Urteile des BGH vom 05.12.2018  
VIII ZR 271/17 und VIII ZR 67/18  
MDR 2019, 150

### Eigenbedarfskündigung trotz beengter finanzieller Verhältnisse des Mieters

Ein Vermieter ist berechtigt, ein bestehendes Mietverhältnis wegen Eigenbedarfs zu kündigen, wenn er den Wohnraum für sich oder nahe Angehörige benötigt. Liegen seitens des Vermieters die Voraussetzungen für eine Eigenbedarfskündigung vor, steht dieser nicht zwingend entgegen, dass die 78-jährige Mieterin, die seit 30 Jahren in der Wohnung lebt, schwerbehindert ist und für sie bezahlbarer Ersatzwohnraum angesichts ihrer beengten finanziellen Verhältnisse schwer zu finden ist. Dies ergab die in derartigen Fällen vorzunehmende Abwägung der Interessen der Vertragsparteien. Allerdings räumte das Amtsgericht München der Mieterin eine sechsmonatige Räumungsfrist ein.

Urteil des AG München vom 26.07.2018  
433 C 19586/17  
Justiz Bayern online

---

## Versicherungsrecht

### Unfall nach unvorsichtigem Betreten eines kombinierten Geh- und Radweges

Einen Fußgänger treffen beim Überschreiten eines kombinierten Geh- und Radweges dieselben Sorgfaltspflichten wie beim Überschreiten einer Fahrbahn.

Kommt es zwischen einem Fußgänger, der hinter einer hohen Hecke auf einen kombinierten Fuß- und Radweg tritt, zu einem Zusammenstoß mit einem Radfahrer, dem weder eine unangepasste Geschwindigkeit noch Unaufmerksamkeit nachgewiesen werden kann, haftet der Fußgänger alleine für den entstandenen Schaden.

Urteil des OLG Celle vom 20.11.2018  
14 U 102/18  
Pressemitteilung des OLG Celle

### Kaskoversicherung: Schaden an einem nicht ordnungsgemäß gesicherten Fahrzeug

Hat ein Pkw-Fahrer sein Fahrzeug vor dem Aussteigen z.B. durch Betätigen der Handbremse nicht ordnungsgemäß gesichert und wird der führerlos vorwärts rollende Wagen durch das Überrollen eines abgesägten Baumstumpfes und das Anstoßen gegen eine Hauswand beschädigt, ist dies als Unfall anzusehen, der von der Kaskoversicherung zu ersetzen ist.

Das Amtsgericht Augsburg sah das Verhalten des Versicherungsnehmers auch nicht als grob fahrlässig an.

Urteil des AG Augsburg vom 11.04.2018  
22 C 4977/17  
Justiz Bayern online

---

## Arbeits- und Sozialrecht

### Weg vom Heimarbeitsplatz zum Kindergarten nicht unfallversichert

Der Weg eines Arbeitnehmers von seinem Homeoffice zum Kindergarten, in dem sein Kind betreut wird, ist nach der derzeit geltenden Rechtslage keine versicherte Tätigkeit. Erleidet der Arbeitnehmer auf dem Weg einen Unfall, hat er keine Ansprüche gegenüber der gesetzlichen Unfallversicherung.

Urteil des LSG Niedersachsen-Bremen vom 26.09.2018  
L 16 U 26/16  
ArbuR 2018, 597

### Keine Altersdiskriminierung durch Altersabstandsklausel bei Hinterbliebenenversorgung

Sieht eine Versorgungsregelung vor, dass die Hinterbliebenenversorgung eines jüngeren Ehepartners für jedes volle über zehn Jahre hinausgehende Jahr des Altersunterschieds der Ehegatten um 5 Prozent gekürzt wird, liegt nach einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts darin keine gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verstoßende Diskriminierung wegen des Alters.

Dies wurde im Wesentlichen damit begründet, dass die Altersabstandsklausel nicht zu einer übermäßigen Beeinträchtigung der legitimen Interessen der versorgungsberechtigten Arbeitnehmer führt, die von der

Klausel betroffen sind. Bei einem Altersabstand von elf Jahren, ab dem die Klausel greift, ist der gemeinsame Lebenszuschnitt der Ehepartner darauf angelegt, dass der Hinterbliebene einen Teil seines Lebens ohne den Versorgungsberechtigten verbringt.

Urteil des BAG vom 11.12.2018  
3 AZR 400/17 - BB 2019, 51

### Sozialwidriges Verhalten durch Verschwendung des geerbten Vermögens

Die vollständige Ausgabe eines geerbten Vermögens in Höhe von rund 200.000 Euro innerhalb kurzer Zeit stellt nach Auffassung des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen ein grob fahrlässiges und sozialwidriges Verhalten dar. Bezog der Hartz-IV-Empfänger nach der Verschwendung seines Erbes erneut Grundsicherungsleistungen, muss er diese zurückzahlen. Da er eine Erwerbstätigkeit nicht beabsichtigte, musste ihm klar gewesen sein, dass er mit seinem sozialwidrigen Verhalten in kurzer Zeit wieder auf staatliche Leistungen angewiesen sein würde.

Urteil des LSG Niedersachsen-Bremen vom 12.12.2018  
L 13 AS 111/17  
JURIS online

---

## Medizinrecht

### Ärztliche Aufklärungspflichten vor einer Lebendspende

Ärzte sind einem Organspender grundsätzlich schuldensatzpflichtig, wenn sie ihn vor einer Lebendspende nicht ausreichend über sämtliche Risiken aufgeklärt haben. In dem konkreten Fall spendete eine Frau ihrem an einer Niereninsuffizienz leidenden Vater eine Niere. Nach dem Eingriff litt die Frau infolge der Organspende an einem chronischen Fatigue-Syndrom mit "bleierner Müdigkeit und totaler Erschöpfung" und an Niereninsuffizienz. Bei ihrem Vater kam es nach circa fünf Jahren zu einem Transplantatverlust.

Nach Auffassung des Bundesgerichtshofs war die Organspenderin, deren eigene Nierenfunktionswerte sich

bereits präoperativ im unteren Grenzbereich befanden, nicht ordnungsgemäß über die gesundheitlichen Folgen der Organentnahme für ihre Gesundheit aufgeklärt worden. Die Ärzte hätten sie zudem auf das erhöhte Risiko eines Transplantatverlusts bei ihrem Vater aufgrund von dessen Vorerkrankung hinweisen müssen. Da dies unterblieben war, erwiesen sich die erteilte Einwilligung in die Organentnahme unwirksam und der Eingriff als rechtswidrig. Wie hoch das zu zahlende Schmerzensgeld ist, hat nun die Vorinstanz zu entscheiden.

Urteil des BGH vom 29.01.2019  
VI ZR 495/16 - Pressemitteilung des BGH

---

## Steuerrecht

### Bundesfinanzhof: Fiskus verlangt zu hohe Zinsen

Der Bundesfinanzhof hat in einer früheren Entscheidung die Erhebung von Zinsen für Steuerschulden und Steuererstattungen von jährlich 6 Prozent angesichts des niedrigen Zinsniveaus für verfassungswidrig erklärt (AZ: IX B 21/18). Nunmehr erheben die obersten Finanzrichter auch hinsichtlich der Jahre 2012 bis 2014 "scherwiegende verfassungsrechtliche Zweifel" an der Höhe der vom Fiskus verlangten Zinsen.

Hinweis: Betroffene Steuerpflichtige sollten unter Hinweis auf das Urteil und die beim Bundesverfassungsgericht laufenden Verfahren Einspruch gegen einen Zinsbescheid einlegen.

Beschluss des BFH vom 03.09.2018  
VIII B 15/18  
DStRK 2019, 18